

Presseinformation

VÖEB fordert Nachbesserung bei Energieeffizienzgesetz

- **Energieeffizienzgesetz forciert den Einsatz primärer Energieträger und gefährdet den Einsatz von aus Abfällen gewonnenen Ersatzbrennstoffen**
- **Die Verantwortung muss beim Energieverbraucher, nicht beim Lieferanten liegen**
- **Positive Effekte der Verwendung von Ersatzbrennstoffen müssen gewürdigt werden**

(Wien, 5. Juni 2014) Der Verband Österreichischer Entsorgungsbetriebe (VÖEB) sieht das ursprüngliche Ziel des Energieeffizienzgesetzes – nämlich den Import von Energie zu reduzieren und so dem Klimawandel entgegen zu treten – gefährdet. Der vorliegende Entwurf erkennt beispielsweise den Einsatz von aus Abfällen gewonnenen Ersatzbrennstoffen anstelle des Einsatzes von Steinkohle nicht als Energieeffizienzmaßnahme an. Thermisch verwertete Abfälle würden damit künftig als Energielieferungen qualifiziert. Wird die geforderte Einsparung (0,6% der gemittelten Energieabsätze) nicht erreicht, ist eine Strafzahlung von 20 Cent/kWh fällig.

Dazu VÖEB-Präsident Hans Roth: „Diese derzeit vorgesehene Regelung ist für uns nicht exekutierbar, da wir keinen Einfluss auf Energieeffizienzmaßnahmen bei den Abnehmern haben. Genauso hat der Entsorgungsbetrieb keinen Einfluss auf die Investitionsentscheidung bei den Verwertern.“ Der Verband hält daher die Exekution des Gesetzes für undurchführbar.

„Die gegenständliche Regelung würde zur absurden Situation führen, dass je mehr Primärbrennstoff durch Ersatzbrennstoff ersetzt wird, desto mehr Energieeffizienzmaßnahmen muss der Ersatzbrennstofflieferant beim Verwerter durchführen.“ Des Weiteren kommt es zu einer Bevorzugung des Exports. Produzenten von Ersatzbrennstoffen müssen Energieeffizienzmaßnahmen nur setzen, wenn sie österreichische Verwerter beliefern. Beim Export von Ersatzbrennstoffen sind keine Maßnahmen zu treffen, wodurch im Schnitt Strafzahlungen von ca. 6 €/t erspart werden. Roth abschließend: „Wir weisen als private Entsorgungswirtschaft auf die Undurchführbarkeit einzelner Regelungen hin und ersuchen den Gesetzgeber das Gesetz vor seiner Beschlussfassung in diesen Punkten nachzubessern.“ Darüber hinaus hält der Verband Österreichischer Entsorgungsbetriebe (VÖEB) den derzeitigen Gesetzesentwurf für überschießend zu Überlegungen und Vorgaben der Europäischen Union (insbesondere zu Richtlinie 2012/27/EU).

Über den VÖEB:

Der Verband Österreichischer Entsorgungsbetriebe (VÖEB) ist die freiwillige Interessensvertretung der kommerziell geführten Entsorgungsunternehmen in Österreich. Der Verband vertritt derzeit über 200 Mitgliedsunternehmen und repräsentiert somit zwei Drittel – gemessen am Umsatz bzw. an den Beschäftigten – der privaten österreichischen Entsorgungsbetriebe. Die Branche beschäftigt direkt und indirekt ca. 43.000 Mitarbeiter, entsorgt rund zwei Drittel des gesamten in Österreich anfallenden Abfalls in 1.100 High-Tech-Anlagen und erwirtschaftet Umsätze in der Größenordnung von 4 Mrd. Euro pro Jahr.

Rückfragen:

Mag. Daisy Kroker

Geschäftsführerin VÖEB

Tel.: +43 664 4002750

E-Mail: kroker@voeb.at